

Beschluss Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des
2 vergangenen
3 Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie
4 Zement, Stahl
5 und Aluminium, würden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des
6 1,5°
7 Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten
8 Urbanisierung, 2016)

Situation

- 9 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten
10 Ressourcenverbrauch.
11 Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und
12 Gewerberaum
13 sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2-Fußabdruckes. Die
14 Hälfte
15 unseres Mülls entsteht auf den Baustellen, das waren 215 Millionen Tonnen Bauabfälle
16 in
17 2016, das Bruttoabfallaufkommen betrug 2016 insgesamt 411 Millionen Tonnen
18 (Quelle:
19 Umweltbundesamt).

Aufgaben

Umweltschutz und gesundes Bauen

- 20 Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch im Bereich
21 der
22 Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft gibt es angesichts der
23 Riesenherausforderungen
24 viel zu wenige Fortschritte. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die
25 Senkung des
26 Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden
27 Baustoffen,
28 Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer
29 gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und
30 Nachhaltigkeitsziele.
31 30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die
32 konventionelle
33 Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen:
34 Baustoffe und
35 Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf:

Rohstoffgewinnung,
24 Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige
25 Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt
eine
26 planetare Belastung.

27 **Das können wir uns nicht mehr leisten!**

28 2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein,
29 überwiegend Primärrohstoffe. „Sand und Kies sind der meistgeförderte Rohstoff der
Welt“.
30 (Zitat Umweltbundesamt: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/baustoffe-ressourcen-und-nachhaltiges-bauen>)
31 Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t
32 Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von
Landschaft,
33 Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für
diese
34 Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein
Einfamilienwohnhaus sind
35 durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn
stecken etwa
36 30.000 t. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand
in
37 Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten
und
38 Strände werden dort illegal abgebaggert.

39 Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein kleiner Bruchteil der Baustoffe recyclet und
40 wiederverwendet. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht
verwertbarer
41 Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte
diese
42 Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich
7% der für
43 den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe
substituiert“,
44 so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das ist mittlerweile auch ein
Kostenfaktor im
45 Bauwesen, denn Recycling käme teilweise günstiger.

46 Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht
auf
47 mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher
Prüfungen,
48 Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche - an Normen und
49 Zuständigkeiten orientierte - Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung
der
50 Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische
Regelungen
51 erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen

angebotenen
52 Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.
53 Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung
setzt sich
54 dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und
55 nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle
verwendeten
56 Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch
europäisch
57 harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in
Innenräumen und
58 der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert
ist
59 bislang wenig.

60 Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teilweise höchst
61 problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von
Handwerk,
62 Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz
von
63 hochproblematischen Verbundstoffe. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie
64 Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und
65 Mikroplastik.

66 Viele Bauteile wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und
Isolierungen
67 bestehen aus PVC. Diese Bauteile aus halogenierten Kohlenwasserstoffen entwickeln
im
68 Brandfall hochgiftige Gase oder verbleiben über Jahrtausende in unserer Umwelt. Wir
wollen
69 und werden den Einsatz von PVC weitestgehend vermeiden, um aus der Chlorchemie
auszusteigen.

70 In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime
verwendet. PCBs
71 sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die
bromhaltigen
72 EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

73 Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den
unkontrollierten
74 Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend
unbekannt
75 sind. Eine vollständige Deklaration in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht
76 vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der
Regel,
77 was am günstigsten ist.
78

79 Um einen effektiven Schutz unserer Lebensgrundlagen im Sinne des Vorsorgeprinzips
zu
80 gewährleisten, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, damit

umwelt- und
81 gesundheitsschädliche Stoffe nicht uns und unsere Umwelt gefährden.

82 **Urban Mining**

83 Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer
Rohstoffpotenziale
84 aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und
Infrastrukturen
85 (Materiallager) ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager,
das
86 partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im
Bestand sind ca.
87 10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t
Metalle.

88 Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren
gehemmt.
89 Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und
zunehmend
90 problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen
Verfahren
91 – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein
wesentliches
92 Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in
93 wenigen Fällen erreicht. Rohstoffpreise, die nicht die ökologische und soziale Wahrheit
über
94 ihre Gewinnung sagen, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und

95 Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte
Arbeitsplätze
96 in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen.
Hierbei
97 handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass
lokale
98 Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

99 **Bauwende**

100 Inzwischen ist klar, dass ein "Weiter so" das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit
101 dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation
von
102 Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft
anzugehen,
103 bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für
die
104 Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-,
Arbeits- und
105 Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen
Räumen. Das
106 Zusammenspiel aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung,
Behörden und
107 Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten bedarf dringend einer Neuaufstellung

108 unserer
108 Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Wir wollen anders bauen,
ressourcenschonend und
109 lebensfreundlich. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030
voranbringen,
110 gestalten und umsetzen.

111 **Lebenswerte Städte und Dörfer**

112 Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer
Alltagskultur
113 und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt
uns. Das
114 demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen,
dem
115 Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche
Räume sind Orte,
116 wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die sozialisieren. Die Gestaltung
des
117 Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild
und
118 Materialität bedarf großer Sorgfalt.

119 Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und
Arbeitsräume,
120 die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive
121 Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die
122 Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

123 **Unsere Antworten und Forderungen**

124 **Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur**

125 Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern
von der
126 gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein. Das Prinzip der
127 Nachhaltigkeit muss in allen Fachgesetzen verankert und umsetzbar werden.

128 Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung,
129 Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei
Städtebau
130 und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb
sowie das
131 spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

132 Wir wollen die Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf
erneuerbare
133 umstellen. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit
erneuerbaren
134 Energien innerhalb der Städte versorgt werden.

135 Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das
„Wegwerfen“
136 von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung „grauer Energie“ im
Bestand

- 137 unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange
Nutzungsdauer
- 138 ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann
die
- 139 Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür
braucht es
- 140 starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und
fachkompetente
- 141 Kommunen.
- 142 Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien
143 werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so
zu
- 144 konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht nutzbar
sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ
- 145 geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie
privaten
- 146 Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den
Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen
- 147 Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen
Normen.
- 148
- 149
- 150 Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines
151 nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen
„fast
- 152 Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO2-
Abdruck
- 153 werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen,
braucht es
- 154 daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den
gesamten
- 155 Lebenszyklus eines Gebäudes.
- 156 Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum
157 Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißten sie extrem
viel
- 158 Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese
treiben
- 159 den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und
öden
- 160 Ortskernen.
- 161 **Umbaukultur**
- 162 Für ein ressourcen- und umweltorientiertes Bauen reicht es nicht aus,
Energiesparmaßnahmen
- 163 an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im
Neubau,
- 164 sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien.
Bestehende
- 165 Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Energetisch
betrachtet

166 besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine
dadurch,
167 dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien
gebunden sind.

168 So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich
ressourcenschonender als
169 das Neubauen. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an
die erste
170 Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion
171 deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt
vollständige
172 Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg
durchführen und
173 diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

174
175 Wir wollen Privilegien für Flächenverbrauch wie das erleichterte Baurecht im
Außenbereich
176 (§13b Baugesetzbuch) streichen. Ortskerne z. B. wollen wir mit einem Förderprogramm
für die
177 Aktivierung von Leerstand - der Grünen Bauflächenoffensive - wieder beleben und den
immer
178 noch viel zu hohen Flächenverbrauch mittelfristig in eine Flächenkreislaufwirtschaft
179 überführen.

180 **Nachhaltiges Bauen**

181 Nachhaltiges Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise einnehmen, über
den
182 gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, beginnend mit der Planung. Der Bund und
viele Länder
183 setzen diesen Gedanken schon schrittweise um. Ziel ist es alle Bauten der öffentlichen
Hand
184 nachhaltig zu planen, zu bauen und zu nutzen sowie dieses Wissen auch der
Privatwirtschaft
185 zur Verfügung zu stellen.

186
187 Hierbei werden Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichzeitig und gleichberechtigt
beachtet.
188 Die ökologische Sicht zielt auf eine Minimierung der Umweltwirkungen ab, voran eine
189 Reduzierung von CO₂ und des Primärenergiebedarfs, vermeidet
gesundheitsgefährdende Stoffe
190 und senkt den Wasser- und Flächenverbrauch. Energieaufwändige Baustoffe wie Stahl
und Beton
191 und auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte werden negativ bewertet. Der Einsatz
von
192 nachwachsenden oder ressourcenschonend produzierten Baustoffen gestärkt. Viele
193 konventionelle Baustoffe können durch ökologischere Stoffe ersetzt werden, ohne dass
194 Funktionalität und technische Qualität leiden.
195
196 Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir
die

197 durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und
damit den
198 Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.
199
200 Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des
Gebäudes
201 und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs-
und
202 Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Die Herstellungskosten
eines
203 herkömmlich geplanten Gebäudes machen oftmals nur ca. 10-20% Prozent der
Gesamtkosten des
204 Gebäudes über eine Zeitspanne von 50 Jahren aus. Bei einer lebenszyklusoptimierten
Bauweise
205 können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten
nennenswert
206 steigen.
207
208 Die soziokulturelle und funktionale Qualität eines Gebäudes ergibt sich aus Sicherheit,
209 Barrierefreiheit, Schadstofffreiheit und ansprechender Gestaltung. Der Mensch muss
der
210 Maßstab der Gebäudeplanung sein.
211
212 Alle diese Aspekte sollen grundsätzlich Berücksichtigung beim Planen und Bauen
finden. Dabei
213 können Bewertungssysteme als Werkzeuge für die Qualitätssteigerung oder
Qualitätssicherung
214 mit Zertifizierung verwendet werden. Dies gilt es nun in die gesamte öffentliche wie
private
215 Bauwirtschaft zu transportiert. Es stehen erste Erfahrungen sowie die Werkzeuge und
die
216 Methodik zur Verfügung, das Know-how zum nachhaltigen Bauen ist vorhanden und
zugänglich. Es
217 braucht den Willen zu Umsetzung.
218
219 Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur
Verfügung.
220 Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer
angewendet.
221 Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die
Außenanlagen von
222 Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte
223 Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft wie www.nachhaltigesbauen.de.
224
225 Das BNB muss nun für ein breiteres Spektrum von Gebäudetypen der Länder und der
Kommunen wie
226 Krankenhäuser, Kitas, Versammlungsstätten, Sporthallen usw. entwickelt werden. Die
Bewertung
227 der Klimaneutralität muss obligatorisch sein. Die Länder und Kommunen müssen in
der Folge
228 die Anwendung des BNB für alle Bauvorhaben einführen. Die öffentliche Hand hat

229 Vorbildfunktion! Um finanz- oder kompetenzschwache Kommunen zu unterstützen, gilt
es,
230 Förderprogramme für Nachhaltiges Planen und Bauen im kommunalen Sektor
aufzulegen.

231
232 Dabei ist unerlässlich, das Nachhaltige Bauen auch in der Privatwirtschaft zu fördern,
um
233 die Bautätigkeit in ihrer gesamten Breite und Tiefe zu erreichen. Anerkannte
Bewertungs- und
234 Zertifizierungssysteme für diverse Gebäudetypen stehen zur Verfügung und sind
erprobt. Hier
235 können Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen und so zu
einem
236 klimaneutralen und nachhaltigen Gebäudebestandes beitragen.

237
238 Mit steigenden CO₂-Preisen besteht auch im privaten Sektor ein Anreiz, auf
klimaneutrale
239 Energieerzeugung umzusteigen. Hierzu müssen jedoch auch die fossilen Energieträger
aus den
240 öffentlichen Förderprogrammen gestrichen werden.

241
242 Neben den Neubauten müssen auch die Bestandsbauten der öffentlichen Hand
dekarbonisiert
243 werden. Bei der Erneuerung der Wärmeerzeugung im Bestand muss auf auf
regenerative
244 Energieträger umgestellt werden.

245 **Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle**

246 Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im
Baubereich mit
247 Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von
Gebäuden,
248 Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des
Rohstoffbedarfs und
249 des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

250 Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien
auf
251 kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine
gesamtgesellschaftliche
252 Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

253 **Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht**

254 Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- 255 • Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- 256 • CO₂-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- 257 • Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der
258 Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- 259 • Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg
260 in die Kreislaufwirtschaft.
- 261 • Den Ländern soll es ermöglicht werden auf Primärrohstoffe, entsprechend der
262 Ausbeutung von Öl und Gas, eine Abgabe einzuführen, um das Recyclen von Baustoffen
263 lohnender zu machen.
- 264 • Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und
265 deren Energiebilanz bei der Herstellung.
- 266 • Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und Qualitätsstandards
267 für nachhaltiges, ökologisches Bauen, dessen Kontrolle sowie ihre sozial verträgliche
268 baukulturell hochwertige Umsetzung.
- 269 • Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der
270 Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- 271 • Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur
272 Herstellung und zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei
273 Verwendung nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- 274 • Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- 275 • Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder
276 qualitätsfördernde Leistungen schaffen.
- 277 • Schutzstatus im Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung
278 eines bis 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs, der auf Länderebene zu kontrollieren

279 und durchzusetzen ist. Hierfür wollen wir auch ein Klagerecht anerkannter
Verbände.

280 • Programm für flächensparendes Wohnen und Arbeiten, um die bestehenden
Flächen besser

281 auszunutzen.